

Ute Mager

Staatsrecht II

Grundrechte

8., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Staatsrecht II

Grundrechte

begründet von

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingo von Münch

fortgeführt und neu bearbeitet von

Prof. Dr. Ute Mager

8., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

8. Auflage 2024

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-042243-8

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-042244-5

epub: ISBN 978-3-17-042245-2

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort zur 8. Auflage

Mit der 8. Auflage wird das Lehrbuch auf den aktuellen Stand gebracht. Wichtige Entscheidungen vor allem des Bundesverfassungsgerichts wurden eingearbeitet, allfällige Korrekturen und Verbesserungen vorgenommen. Neu hinzugekommen ist ein Kapitel über die Corona-Pandemie. Auch wenn diese inzwischen „gefühlte“ vorbei ist, so hat es in dieser Zeit doch eine Fülle an Entscheidungen gegeben, in der die Abwägung vielfach zugunsten der staatlichen Schutzpflicht für Leben und Gesundheit sowie der Aufrechterhaltung der intensivmedizinischen Versorgung ausfiel. Der für die Grundrechte essentielle Verhältnismäßigkeitsgrundsatz wurde aber (fast) immer gewahrt.

Wie bereits im Vorwort zur 6. Auflage ausgeführt, folgt der Aufbau nicht der textlichen Reihenfolge des Grundgesetzes, sondern im Wesentlichen einer thematischen Ordnung, die von der Person ausgeht und sodann gewissermaßen in konzentrischen Kreisen ihre verschiedenen Bezüge zur Umwelt in den Blick nimmt: Familie und Schule, Religion, Kommunikation, Wirtschaftsleben, Zugehörigkeit zum Staat. Die Justizgrundrechte, die eine Subjektivierung des Staatsstrukturprinzips der Rechtsstaatlichkeit darstellen, sind bereits im ersten Band dieses Lehrbuchs, Staatsorganisationsrecht, behandelt worden. Die dortigen Ausführungen werden daher im vorliegenden Grundrechtsband nur in Bezug genommen.

Wie die Vorlesung ist auch dieses Lehrbuch als Anleitung zum Selbststudium gedacht. Es richtet sich nicht nur an Studienanfänger, sondern insbesondere auch an Examenkandidaten. Eine abschnittsweise Lektüre ist möglich. Für eine gewinnbringende Lektüre ist es zwingend, das Grundgesetz und ggf. weitere Gesetzestexte zur Hand zu haben. Empfehlenswert ist es, die Fälle zunächst auf der Grundlage der Lektüre des jeweiligen systematischen Teils selbst zu lösen und erst dann den Lösungsvorschlag zu lesen. Angesichts des prinzipienhaften Charakters der Grundrechte ist zudem das Studium von Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen außerordentlich wichtig, um Struktur und Argumentation von Grundrechtsprüfungen zu erlernen. Aus diesem Grund sind grundlegende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts am Ende eines jeden Abschnitts zusammengestellt. Wie schon im ersten Band beschränken sich die Nachweise in den Fußnoten im Wesentlichen auf Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und Ausbildungsliteratur. Auf veröffentlichte Fälle mit Lösungen wird gesondert hingewiesen. Ohne gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine solche Überarbeitung undenkbar. Für wichtige Hinweise, Recherchen und die aufwendige Bearbeitung der Nachweise möchte ich mich bedanken bei Rabia Atasoy, Dominik Filipovic, Annika Siry, Richard Vulpius, Hannah Wytrickus und Laura Zwickler. Großer Dank gebührt ebenso meinen wissenschaftlichen Mitarbeitern Assessor Felix Bruckert und Assessor Christian Müller. Für die Unterstützung in organisatorischer Hinsicht gebührt Frau Gioseppina Klingmann Dank.

Nicht zuletzt möchte ich vor allem Frau Ass. jur. Karin Baither aus dem Lektorat des Kohlhammer-Verlags für die Geduld und die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit danken ebenso wie Frau Stefanie Föhl.

Über Anregungen und Kritik freue ich mich. Schreiben Sie an ute.mager@jurs.uni-heidelberg.de.

Heidelberg, im März 2024

Ute Mager

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturhinweise	XXVI
Einführung	1
1. Die fundamentale Bedeutung der Grundrechte für Rechtsstaat und Demokratie	1
2. Die Rechtsquellen und ihr Verhältnis zueinander	2
3. Grundrechtsauslegung	4
Erster Teil: Ideen- und verfassungsgeschichtliche Grundlagen der Grundrechte	7
1. Kapitel: Ideengeschichtliche Grundlagen	7
2. Kapitel: Verfassungsgeschichtliche Grundlagen	8
2.1 Meilensteine der Grundrechtsentwicklung	8
2.2 Erste Verfassungsurkunden mit Grundrechten in Deutschland. . .	9
3. Kapitel: Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Grundrechte des Grundgesetzes.	12
3.1 Grundkonzeption und Regelungsabsichten	12
3.2 Die Änderungen im Grundrechtsteil	12
3.3 Die Änderungen der grundrechtsgleichen Rechte	13
3.4 Die ausdrückliche verfassungsrechtliche Verankerung der Verfassungsbeschwerde	13
4. Kapitel: Die Entwicklung des internationalen Grundrechtsschutzes . . .	14
4.1 Anfänge	14
4.2 Weltweiter Menschenrechtsschutz	14
4.3 Regionaler Menschenrechtsschutz	16
4.4 Grundrechtsschutz in der Europäischen Union	17
Zweiter Teil: Allgemeine Grundrechtslehren	21
<i>Fall 1: Erpressung</i>	21
1. Kapitel: Arten und Funktionen der Grundrechte.	21
1.1 Arten	21
1.2 Funktionen	22
1.2.1 Abwehrrechte	23
1.2.2 Der objektive Wertgehalt der Grundrechte und die daraus abgeleiteten Ansprüche (subjektiven Rechte) auf Schutz, Leistung und Teilhabe einschließlich Organisation und Verfahren	24
1.2.3 Rechtsinstitutsgarantien und institutionelle Garantien . . .	25
1.3 Bedeutung der Grundrechte in der Rechtsanwendung	27
2. Kapitel: Grundrechtsträger	29
2.1 Natürliche Personen.	29
2.1.1 Beginn und Ende der Grundrechtsfähigkeit.	29
2.1.2 Grundrechtsmündigkeit	31

Inhaltsverzeichnis

2.1.2.1	Ausdrückliche Bestimmungen: Art. 12a Abs. 1, 38 Abs. 2 GG	31
2.1.2.2	Kriterien bei Grundrechten ohne ausdrückliche Bestimmung	31
2.2	Relevanz der deutschen Staatsangehörigkeit	34
2.2.1	Der Begriff des „Deutschen“	34
2.2.2	Art. 2 Abs. 1 GG als Auffanggrundrecht für Ausländer	34
2.2.3	Die Stellung der Unionsbürger.	34
2.3	Grundrechtsträgerschaft juristischer Personen	35
2.3.1	Gründe für die Erstreckung des Grundrechtsschutzes auf juristische Personen	35
2.3.2	Grundrechte im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG.	36
2.3.3	Juristische Person im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG	37
2.3.4	Inländische juristische Personen	38
2.3.4.1	Abgrenzung inländisch – ausländisch	38
2.3.4.2	Sonderfall: Deutschengrundrechte?	40
2.3.4.3	Ausnahme: Justizgrundrechte?	40
2.3.5	Wesensgemäße Anwendbarkeit.	40
2.3.5.1	Kategorische Unanwendbarkeit.	40
2.3.5.2	Gattungsmäßige Unanwendbarkeit	41
2.3.5.3	Wesensvorbehalt im Einzelfall	43
2.3.5.4	Art. 19 Abs. 3 GG und die Lehre von den Doppelgrundrechten (Art. 4 Abs. 2, 9 Abs. 1 und 3, 17 GG).	43
2.3.5.5	Zusammenfassung	44
2.3.6	Prozessuale Konsequenzen.	44
3. Kapitel:	Grundrechtsverpflichtete	47
	<i>Fall 2: Grundrechtsbindung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen</i>	47
3.1	Grundrechtsbindung der öffentlichen Gewalt	47
3.2	Grundrechtsbindung der deutschen öffentlichen Gewalt und Anwendung von EU-Recht	48
3.3	Die Bindung der öffentlichen Gewalt an die EMRK.	49
3.4	Grundrechtsbindung in Bezug auf Konflikte zwischen Privaten.	50
3.5	Noch mittelbare oder schon unmittelbare Grundrechtsbindung Privater?	50
4. Kapitel:	Der Grundrechtseingriff und weitere Formen der Grundrechtsbeeinträchtigung	52
4.1	Der klassische Grundrechtseingriff.	52
4.2	Der moderne Eingriffsbegriff	52
4.3	Grundrechtsbeeinträchtigung durch Unterlassen	53
4.4	Der Klimaschutzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts	53
5. Kapitel:	Grundrechtsschranken und die Anforderungen an ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	55
5.1	Arten von Grundrechtsschranken.	55
5.1.1	Einfacher Gesetzesvorbehalt.	55
5.1.2	Qualifizierter Gesetzesvorbehalt	56
5.1.3	Verfassungsimmanente Schranken	56
5.2	Anforderungen an die Schrankenkonkretisierung.	56

5.2.1	Formelle Verfassungsmäßigkeit des Schranken konkretisierenden Gesetzes	56
5.2.2	Zitiergebot	56
5.2.3	Verbot des Einzelfallgesetzes	57
5.2.4	Wesensgehaltsgarantie, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Bestimmtheitsgebot	58
5.3	Exkurs: Verwirkung und Verzicht.	60
6. Kapitel:	Verhältnisse zwischen verschiedenen Grundrechten	61
6.1	Spezialität, Subsidiarität, Konkurrenz	61
6.2	Grundrechtskombination	61
6.3	Grundrechtskollision	62
7. Kapitel:	Rechtsschutz und Prüfungsschemata	63
7.1	Verfassungsbeschwerde	63
7.2	Konkrete Normenkontrolle	64
7.3	Abstrakte Normenkontrolle.	64
7.4	Prüfungsschemata	66
7.4.1	Prüfung eines Freiheitsrechts als Abwehrrecht	66
7.4.2	Prüfung eines Freiheitsrechts in mittelbarer Drittwirkung, dh. in zivilrechtlichen Streitigkeiten	66
7.4.3	Prüfung eines Freiheitsrechts als Schutzanspruch auf staatliches Einschreiten	66
7.4.4	Prüfung eines Freiheitsrechts als Leistungs- oder Teilhabe-recht.	67
7.4.5	Prüfung eines Gleichheitsrechts	67
7.4.6	Prüfung einer Rechtsinstitutsgarantie	67
Lösung zu Fall 1:	<i>Erpressung</i>	68
Lösung zu Fall 2:	<i>Grundrechtsbindung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen</i>	69
Dritter Teil:	Der Grundrechtsschutz der Person, ihrer Selbstbestimmung und Privatsphäre	75
<i>Fall 3:</i>	<i>Brechmitteleinsatz</i>	75
1. Kapitel:	Art. 1 Abs. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ . .	75
1.1	Allgemeine Bedeutung und Rechtsnatur.	75
1.2	Schutzbereich	76
1.2.1	Sachlicher Schutzbereich.	76
1.2.1.1	Positive Bestimmung.	76
1.2.1.2	Negative Bestimmung	78
1.2.1.3	Modales Grundrecht	79
1.2.2	Persönlicher Schutzbereich	80
1.3	Gewährleistungsgehalt	81
1.4	Schranken.	81
1.5	Kasuistik.	82
1.5.1	Achten: staatlicher Eingriff	82
1.5.2	Schutz und Leistung.	83
1.6	Verhältnis zu anderen Grundrechten	85
2. Kapitel:	Art. 2 Abs. 2 GG: Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person	86
2.1	Leben.	86

Inhaltsverzeichnis

2.1.1	Schutzbereich	86
2.1.2	Gewährleistungsgehalt	87
2.1.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	88
2.1.3.1	Rechtfertigung von Eingriffen	88
2.1.3.2	Grenzen der Schutzpflicht	89
2.2	Körperliche Unversehrtheit	90
2.2.1	Schutzbereich	90
2.2.2	Gewährleistungsgehalt	91
2.2.2.1	Abwehrrecht	91
2.2.2.2	Schutzpflicht	91
2.2.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	92
2.3	Körperliche Bewegungsfreiheit	93
2.3.1	Schutzbereich	93
2.3.2	Gewährleistungsgehalt	95
2.3.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	95
	<i>Lösung zu Fall 3: Brechmitteleinsatz</i>	96
3. Kapitel:	Art. 2 Abs. 1 GG: Allgemeine Handlungsfreiheit	101
	<i>Fall 4: Sonnenstudio</i>	101
3.1	Schutzbereich	101
3.2	Gewährleistungsgehalt	103
3.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	103
	<i>Lösung zu Fall 4: Sonnenstudio</i>	104
4. Kapitel	Art. 11 GG: Freizügigkeit	110
4.1	Geschichtliche Entwicklung und allgemeine Bedeutung	110
4.2	Schutzbereich	111
4.2.1	Sachlicher Schutzbereich	111
4.2.2	Persönlicher Schutzbereich	112
4.3	Gewährleistungsgehalt	113
4.4	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	113
5. Kapitel:	Art. 2 Abs. 1 iVm. Art. 1 Abs. 1 GG: Allgemeines Persönlichkeitsrecht	115
	<i>Fall 5: Recht auf Vergessenwerden</i>	115
5.1	Entstehung und Entwicklung	116
5.2	Schutzbereich	117
5.2.1	Sachlicher Schutzbereich	117
5.2.2	Persönlicher Schutzbereich	119
5.3	Gewährleistungsgehalt	119
5.4	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	120
	<i>Lösung zu Fall 5: Recht auf Vergessenwerden</i>	122
6. Kapitel:	Art. 10 GG: Schutz des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	126
6.1	Schutzbereich	126
6.1.1	Sachlicher Schutzbereich	126
6.1.2	Persönlicher Schutzbereich	127
6.2	Gewährleistungsgehalt	127
6.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	128
6.3.1	Art. 10 Abs. 2 S. 1 GG	128
6.3.2	Art. 10 Abs. 2 S. 2 GG	129

7. Kapitel: Art. 13 GG: Unverletzlichkeit der Wohnung	131
7.1 Schutzbereich	131
7.2 Gewährleistungsgehalt	131
7.2.1 Abwehrrecht	131
7.2.2 Schutz.	132
7.2.3 Kein Leistungsanspruch.	133
7.3 Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	133
7.3.1 Art. 13 Abs. 2 GG.	133
7.3.2 Art. 13 Abs. 3–6 GG	135
7.3.2.1 Verfassungsmäßigkeit der Verfassungsänderung.	135
7.3.2.2 Struktur der Verfassungsänderung.	135
7.3.2.3 Art. 13 Abs. 3 GG: Akustische Überwachung zum Zweck der Strafverfolgung	135
7.3.2.4 Art. 13 Abs. 4 GG: Technische Überwachung zum Zweck der Gefahrenabwehr	136
7.3.2.5 Art. 13 Abs. 5 GG: Einsatz technischer Mittel zum Schutz von Einsatzpersonen (verdeckte Ermittler)	136
7.3.3 Art. 13 Abs. 7 GG: Rechtfertigung sonstiger Eingriffe und Beschränkungen.	137
Vierter Teil: Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsverbote	139
1. Kapitel: Grundlagen	139
1.1 Begriff der Gleichheit.	139
1.2 Verschiedene Dimensionen des Gleichheitspostulats.	139
1.3 Wechselbezüglichkeit zwischen Freiheit und Gleichheit	139
1.4 Rechtsgrundlagen	140
2. Kapitel: Art. 3 Abs. 1 GG: Der allgemeine Gleichheitssatz	142
<i>Fall 6: Raucherschutz</i>	142
2.1 Inhalt.	142
2.2 Prüfung des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes	142
2.2.1 Feststellung von wesentlich Gleichem	143
2.2.2 Feststellung der Ungleichbehandlung	143
2.2.3 Sachlicher Grund für die Ungleichbehandlung	143
2.2.3.1 Willkürverbot.	143
2.2.3.2 „Neue Formel“	144
2.3 Weitere relevante Gesichtspunkte.	144
2.4 Rechtsfolgen im Falle eines gleichheitswidrigen Gesetzes	146
<i>Lösung zu Fall 6: Raucherschutz</i>	147
3. Kapitel: Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 S. 1 Alt. 1 GG: Gleichberechtigung der Geschlechter	150
<i>Fall 7: Kosmetikbedarf im Gefängnis</i>	150
3.1 Überblick über die Regelungen	150
3.2 Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts	151
3.2.1 Feststellung der Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts	151
3.2.2 Ausnahmsweise Rechtfertigung	152
3.2.2.1 Biologische Unterschiede	152
3.2.2.2 Verfassungsrechtliche Ausnahmen (Art. 12a; Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG).	153

Inhaltsverzeichnis

3.3	Drittwirkung des Diskriminierungsverbots?	155
	<i>Lösung zu Fall 7: Kosmetikbedarf im Gefängnis</i>	156
4. Kapitel:	Die weiteren Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	159
4.1	Die einzelnen Merkmale.	159
4.2	Diskriminierung	161
4.3	Wirkungsweise	161
4.4	Exkurs: Altersdiskriminierung	162
5. Kapitel:	Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG: Verbot der Benachteiligung von behinderten Menschen.	166
5.1	Der Begriff der Behinderung.	166
5.2	Inhalt des Benachteiligungsverbots.	166
5.3	Drittwirkung.	167
Fünfter Teil:	Ehe und Familie, Elternverantwortung, Schule	169
1. Kapitel:	Art. 6 Abs. 1 GG: Schutz der Ehe	169
1.1	Schutzbereich	169
1.2	Gewährleistungsgehalt	170
1.2.1	Abwehrrecht	170
1.2.2	Rechtsinstitutsgarantie	170
1.2.3	Wertentscheidung.	171
1.3	Schranken.	172
2. Kapitel:	Art. 6 Abs. 1 GG: Schutz der Familie	173
2.1	Schutzbereich	173
2.2	Gewährleistungsgehalt	173
2.2.1	Abwehr von Eingriffen in die Familie.	173
2.2.2	Wertentscheidung.	173
2.2.3	(Rechts-)Institut?	174
2.3	Schranken.	174
3. Kapitel:	Art. 6 Abs. 2–5 GG: Elternverantwortung, Mutterschutz, Gleichstellung unehelicher Kinder	175
	<i>Fall 8: Heimunterricht</i>	175
3.1	Elternverantwortung.	175
3.1.1	Schutzbereich	175
3.1.2	Gewährleistungsgehalt	177
3.1.3	Schranken, insbes. Wächteramt des Staates zur Wahrung des Kindeswohls.	178
3.2	Art. 6 Abs. 4 GG: Mutterschutz	178
3.2.1	Schutzbereich	179
3.2.2	Gewährleistungsgehalt	179
3.2.3	Schranken	179
3.3	Gleichstellung unehelicher Kinder.	179
4. Kapitel:	Art. 7 GG: Das Schulwesen.	181
	<i>Fall 9: Beanstandung gegenüber einer Privatschule</i>	181
4.1	Art. 7 Abs. 1 GG: Die staatliche Schulhoheit	182
4.2	Art. 7 Abs. 2 und 3 GG: Religionsunterricht in der Schule	183
4.3	Art. 7 Abs. 4–6 GG: Privatschulgewährleistung.	185
4.3.1	Errichtung von Ersatzschulen.	185
4.3.2	Private Volksschulen	186

4.3.3	Verbot von Vorschulen	186
<i>Lösung zu Fall 8: Heimunterricht</i>		187
<i>Lösung zu Fall 9: Beanstandung gegenüber einer Privatschule</i>		189
Sechster Teil: Glaubens- und Gewissensfreiheit, Kriegsdienstverweigerung		192
<i>Fall 10: Gebet auf dem Schulflur</i>		192
1. Kapitel:	Religions- und Weltanschauungsfreiheit	193
1.1	Rechtsgrundlagen	193
1.2	Sachlicher Schutzbereich der Glaubensfreiheit (iwS.), Art. 4	
	Abs. 1 und 2 GG	193
1.2.1	Religion und Weltanschauung	194
1.2.2	Geschütztes Verhalten	194
	1.2.2.1 Glauben (ieS.)	195
	1.2.2.2 Bekennen	195
	1.2.2.3 Religionsausübung	198
	1.2.2.4 Einheitlicher Schutzbereich?	199
1.3	Persönlicher Schutzbereich	199
1.4	Gewährleistungsgehalt	201
1.4.1	Abwehrrecht	201
1.4.2	Schutzpflcht	202
1.4.3	Funktion im staatlich organisierten Bereich	203
1.5	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	204
1.6	Die inkorporierten Artikel der Weimarer Reichsverfassung	206
1.6.1	Allgemeine Bedeutung	206
1.6.2	Art. 140 GG iVm. Art. 137 WRV: Selbstbestimmung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	207
	1.6.2.1 Keine Staatskirche	207
	1.6.2.2 Spezielle Vereinigungsfreiheit	207
	1.6.2.3 Selbstbestimmungsgarantie	207
	1.6.2.4 Allgemeine Rechtsformbestimmung	210
	1.6.2.5 Körperschaftsstatus	210
	1.6.2.6 Kirchensteuer	212
	1.6.2.7 Gleichstellung von Weltanschauungsgemeinschaften	212
1.6.3	Art. 140 GG iVm. Art. 138 WRV: Staatsleistungen und Kirchengutsгарantie	212
	1.6.3.1 Ablösung von Staatsleistungen	213
	1.6.3.2 Säkularisationsverbot	213
1.6.4	Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV: Sonn- und Feiertags- schutz	214
1.6.5	Art. 140 GG iVm. Art. 141 WRV: Anstaltsseelsorge	217
<i>Lösung zu Fall 10: Gebet auf dem Schulflur</i>		219
2. Kapitel:	Art. 4 Abs. 1 GG: Gewissensfreiheit	223
<i>Fall 11: Tierversuche im Studium</i>		223
2.1	Schutzbereich	223
	2.1.1 Sachlicher Schutzbereich: der Gewissensbegriff	223
	2.1.2 Persönlicher Schutzbereich	224
2.2	Gewährleistungsgehalt	224
	2.2.1 Abwehrrecht	225

Inhaltsverzeichnis

2.2.2	Schutz und Ausstrahlungswirkung	225
2.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	226
	<i>Lösung zu Fall 11: Tierversuche im Studium.</i>	227
3. Kapitel:	Art. 4 Abs. 3 GG: Kriegsdienstverweigerung	230
3.1	Schutzbereich und Gewährleistungsgehalt	230
3.2	Verfahrensvorbehalt	231
Siebter Teil:	Die Freiheit der Kommunikation	233
	<i>Fall 12: Junge Wilde.</i>	233
1. Kapitel:	Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG: Meinungsfreiheit	234
1.1	Schutzbereich	234
1.1.1	Sachlicher Schutzbereich: die Meinungsäußerung	234
1.1.2	Persönlicher Schutzbereich	235
1.2	Gewährleistungsgehalt	235
1.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	236
1.3.1	Die Schranke der allgemeinen Gesetze	236
1.3.2	Der Schutz der Jugend	237
1.3.3	Der Schutz der persönlichen Ehre	238
1.3.4	Sonstige Schranken: Art. 17a und Art. 18 GG.	239
1.4	Zensurverbot.	239
2. Kapitel:	Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG: Informationsfreiheit	240
2.1	Schutzbereich	240
2.2	Gewährleistungsgehalt	241
2.2.1	Abwehrrecht	241
2.2.2	Schutz und mittelbare Drittwirkung.	241
2.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	242
3. Kapitel:	Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG: Pressefreiheit	243
3.1	Schutzbereich	243
3.1.1	Sachlicher Schutzbereich: der Pressebegriff	243
3.1.2	Persönlicher Schutzbereich	243
3.2	Gewährleistungsgehalt	243
3.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	244
	<i>Lösung zu Fall 12: Junge Wilde</i>	245
4. Kapitel:	Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG: Rundfunkfreiheit	250
4.1	Schutzbereich	250
4.1.1	„Berichterstattung durch Rundfunk“.	250
4.1.2	Persönlicher Schutzbereich	251
4.2.	Gewährleistungsgehalt	251
4.2.1	Abwehrrecht	251
4.2.2	Ausgestaltung einer freiheitlichen Rundfunkordnung	251
4.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	253
5. Kapitel:	Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG: Filmfreiheit	255
5.1	Schutzbereich	255
5.2	Gewährleistungsgehalt und Schranken	255
5.3	Zensurverbot.	255
6. Kapitel:	Art. 5 Abs. 3 Alt. 1 GG: Kunstfreiheit.	256
6.1	Schutzbereich	256
6.1.1	Der Begriff „Kunst“	256

6.1.2	Werk- und Wirkungsbereich	257
6.1.3	Persönlicher Schutzbereich	257
6.2	Gewährleistungsgehalt	258
6.2.1	Abwehrrecht	258
6.2.2	Mittelbare Drittwirkung	258
6.2.3	Leistung?	258
6.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	258
7. Kapitel:	Art. 5 Abs. 3 Alt. 2 GG: Wissenschaftsfreiheit	261
7.1	Schutzbereich	261
7.1.1	Sachlicher Schutzbereich	261
7.1.1.1	Der Begriff der Wissenschaft	261
7.1.1.2	Forschung und Lehre	261
7.1.1.3	Abgrenzung zu Meinungsäußerung und Kunst	262
7.1.2	Persönlicher Schutzbereich	263
7.2	Gewährleistungsgehalt	263
7.2.1	Abwehrrecht	264
7.2.2	Objektive Wertentscheidung	264
7.2.3	Leistung	265
7.2.4	Institutionelle Garantie?	266
7.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	266
7.3.1	Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG: Verfassungstreue	266
7.3.2	Verfassungsimmanente Schranken der Wissenschaftsfreiheit	267
8. Kapitel:	Art. 8 GG: Versammlungsfreiheit	268
	<i>Fall 13: Sitzblockade</i>	268
8.1	Schutzbereich	269
8.1.1	Sachlicher Schutzbereich	269
8.1.1.1	Der Begriff der Versammlung	269
8.1.1.2	Friedlich und ohne Waffen	270
8.1.2	Persönlicher Schutzbereich	271
8.2	Gewährleistungsgehalt	271
8.2.1	Abwehrrecht	272
8.2.2	Keine Leistung	272
8.2.3	Schutz	272
8.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	273
8.3.1	Art. 8 Abs. 2 GG	273
8.3.2	Verfassungsimmanente Schranken für Versammlungen in geschlossenen Räumen	275
	<i>Lösung zu Fall 13: Sitzblockade</i>	276
9. Kapitel:	Art. 9 Abs. 1 GG: Vereinigungsfreiheit	281
9.1	Schutzbereich	281
9.1.1	Der Begriff der Vereinigung	281
9.1.2	Geschützte Tätigkeiten	281
9.1.3	Persönlicher Schutzbereich	282
9.2	Gewährleistungsgehalt	282
9.2.1	Abwehr von staatlichen Eingriffen	283
9.2.2	Leitlinie für die Ausgestaltung durch den Gesetzgeber	283
9.3	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	283

Inhaltsverzeichnis

9.3.1	Art. 9 Abs. 2 GG.	283
9.3.2	Verfassungsimmanente Schranken	285
9.3.3	Anforderungen an ausgestaltende Regelungen	285
Achter Teil:	Die Grundrechte mit besonderer Bedeutung für das Erwerbs- und Wirtschaftsleben	286
1. Kapitel:	Art. 12 GG: Berufsfreiheit, Verbot von Arbeitszwang und Zwangsarbeit	286
<i>Fall 14:</i>	<i>Arbeitnehmerüberlassung</i>	<i>286</i>
1.1	Berufsfreiheit einschließlich Ausbildungsstätten- und Arbeitsplatzwahl	287
1.1.1	Sachlicher Schutzbereich.	287
1.1.2	Persönlicher Schutzbereich	289
1.1.3	Gewährleistungsgehalt	289
1.1.3.1	Abwehrrecht.	289
1.1.3.2	Schutz.	291
1.1.3.3	Teilhabe.	291
1.1.4	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	291
1.1.4.1	Vom Regelungsvorbehalt zum allgemeinen Gesetzesvorbehalt	292
1.1.4.2	Die Dreistufentheorie – Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	292
1.1.4.3	Einzelfälle	293
1.2	Verbot des Arbeitszwangs und der Zwangsarbeit	295
1.3	Wehr- und Ersatzdienstpflicht gemäß Art. 12a GG	296
<i>Lösung zu Fall 14:</i>	<i>Arbeitnehmerüberlassung</i>	<i>296</i>
2. Kapitel:	Art. 14 GG: Die Gewährleistung von Eigentum und Erbrecht.	301
<i>Fall 15:</i>	<i>Denkmalschutz</i>	<i>301</i>
2.1	Die Eigentumsgewährleistung	302
2.1.1	Der Eigentumsbegriff	302
2.1.2	Persönlicher Schutzbereich	304
2.1.3	Gewährleistungsgehalt	304
2.1.3.1	Rechtsinstitutsgarantie.	304
2.1.3.2	Bestandsgarantie	304
2.1.3.3	Wertgarantie.	305
2.1.4	Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	305
2.1.4.1	Unterscheidung zwischen Inhalts- und Schrankenbestimmung einerseits, Enteignung andererseits.	305
2.1.4.2	Anforderungen an Inhalts- und Schrankenbestimmungen.	306
2.1.4.3	Anforderungen an Enteignungen	308
2.1.4.4	Exkurs: Eigentumsbezogene Staatshaftungsansprüche	308
2.1.4.5	Art. 15 GG: Sozialisierung	309
<i>Lösung zu Fall 15:</i>	<i>Denkmalschutz.</i>	<i>310</i>
2.2	Die Erbrechtsgewährleistung	313
2.2.1	Rechtsinstitutsgarantie	313
2.2.2	Abwehrrecht	313
2.2.3	Drittwirkung	314

3. Kapitel: Art. 9 Abs. 3 GG: Koalitionsfreiheit	315
<i>Fall 16: Unterschriftenaktion</i>	315
3.1 Schutzbereich	315
3.2 Gewährleistungsgehalt	317
3.3 Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	318
<i>Lösung zu Fall 16: Unterschriftenaktion.</i>	320
Neunter Teil: Ausbürgerungs- und Auslieferungsverbot, Asylrecht	323
1. Kapitel: Art. 16 Abs. 1 GG: Ausbürgerungsverbot	323
1.1 Schutzbereich	323
1.2 Gewährleistungsgehalt und Schranken	324
2. Kapitel: Art. 16 Abs. 2 GG: Auslieferungsverbot	326
2.1 Schutzbereich und Gewährleistungsgehalt.	326
2.2 Schranken und ihre verfassungsmäßige Konkretisierung	327
2.3 Exkurs: Auslieferung von Ausländern	328
3. Kapitel: Art. 16a GG: Asylrecht	329
3.1 Das internationale und unionsrechtliche Regelungsumfeld	329
3.2 Die Regulationsstruktur des Art. 16a GG	332
3.3 Politisch Verfolgte	332
3.4 Gewährleistungsgehalt	334
3.5 Die Beschränkungen des Asylrechts	334
3.5.1 Art. 16a Abs. 2 GG: Die Beschränkung des persönlichen Geltungsbereichs	334
3.5.2 Art. 16a Abs. 3 und 4 GG: Verfahrensbezogene Beschränkungen.	335
3.6 Art. 16a Abs. 5 GG: Öffnung für internationale Zusammenarbeit	336
Zehnter Teil: Petitionsrecht und Justizgrundrechte	337
1. Kapitel: Art. 17 GG: Petitionsrecht.	337
1.1 Anspruchsvoraussetzungen	337
1.2 Anspruchsinhalt.	339
1.3 Anspruchsgrenzen	339
1.4 Rechtsschutz	340
2. Kapitel: Justizgrundrechte	341
Elfter Teil: Grundrechte in der Pandemie	342
1. Die allgemeine Handlungsfreiheit und das allgemeine Persönlichkeits- recht	343
2. Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	343
3. Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG	343
4. Der Gleichheitsgrundsatz gemäß Art. 3 Abs. 1 GG sowie Art. 3 Abs. 3 S. 3 GG	344
4.1 Art. 3 Abs. 1 GG	344
4.1.1 Priorisierung	344
4.1.2 Ungleichbehandlung von Geimpften und Genesenen ge- genüber Nichtgeimpften	344
4.2. Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG	345
5. Art. 4 Abs. 1 und 2 GG Religionsfreiheit, insbesondere Zusammen- künfte in Kirchen, Moscheen und Synagogen.	345
6. Art. 5 Abs. 3 GG	346

Inhaltsverzeichnis

6.1 Kultureinrichtungen. 346

6.2 Hochschulen. 346

7. Art. 6 Abs. 2 und 7 Abs. 1 GG 347

8. Art. 8 GG Versammlungsfreiheit 348

9. Art. 11 GG Freizügigkeit 349

10. Art. 12 Abs. 1 GG Berufsfreiheit 349

11. Art. 13 GG 350

12. Art. 14 Abs. 1 GG 350

13. Zusammenfassung. 351

Schlussbemerkung 352

Verzeichnis wichtiger im Lehrbuch angesprochener Gerichtsentscheidungen 353

Stichwortverzeichnis 357

Abkürzungsverzeichnis

aA.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesetz, Aktiengesellschaft, Amtsgericht
AGG	Ausführungsgesetz zu ...
AK	Alternativkommentar (siehe Literaturhinweise, dort E. Denninger/W. Hoffmann-Riehlm/H.-P. Schneider/E. Stein)
AL	Ad Legendum
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
ÄndG	Änderungsgesetz zu ...
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbG	Arbeitsgericht
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ArbuR	Arbeit und Recht (Zeitschr.)
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AsylG	Asylgesetz
AT	Allgemeiner Teil
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern (Aufenthaltsgesetz)
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
AWACS	Airborne Warning and Control System
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Az.	Aktenzeichen
AZR	Aktenzeichen beim Bundesarbeitsgericht für Revisionsverfahren
BAföG	Gesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
Bay.	Bayern
BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
BayFwG	Bayerisches Feuerwehrgesetz
BayKSG	Bayerisches Katastrophenschutzgesetz
Bay PAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei
bayr.	Bayerisch
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

BayVGHE	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs und des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bbg.	Brandenburg, brandenburgisch
BbgBKG	Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamStG	Beamtenstatusgesetz
Berl.	Berlin, berliner
BerlVerfG	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHKG NRW	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes Nordrhein-Westfalen
BHO	Bundshaushaltsordnung
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionsschutzgesetz)
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BKAG	Bundeskriminalamtgesetz
BKG	Brand- und Katastrophenschutzgesetz
BND	Bundesnachrichtendienst
BNDG	Bundes-Nachrichtendienstgesetz
BPolG	Bundespolizeigesetz
Brem.	Bremen
BremHilfeG	Bremisches Hilfeleistungsgesetz
BremKG	Bremisches Kirchengesetz
BremPolG	Bremisches Polizeigesetz
BremWG	Bremisches Wassergesetz
BRJ	Bonner Rechtsjournal
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages (Wahlperiode, Nummer)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (Bundesverfassungsschutzgesetz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BvQ	Registerzeichen beim Bundesverfassungsgericht für Verfahren über einstweilige Anordnungen
BvR	Aktenzeichen einer Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BWahlG	Bundeswahlgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
d.	der, des, durch
ders.	Derselbe
Dez.	Dezember
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGVR	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht
dh.	das heißt
dies.	dieselbe

Abkürzungsverzeichnis

DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
eA.	einstweilige Anordnung
EALR	Einleitung Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794
eG	eingetragene Genossenschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EstG	Einkommensteuergesetz
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit Entscheidungen des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen und des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUGrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Einigungsvertrag
eV	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende (Verweis nur auf eine der Seite folgende Seite)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	folgende (Verweis auf mehrere der Seite folgende Seiten)
Fn.	Fußnote
FR	Finanzrundschau
FS	Festschrift
FSHG	Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung
FwG	Feuerwehrgesetz
GBI.	Gesetzblatt
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GenG	Genossenschaftsgesetz
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
gg.	gegen
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GOBReg.	Geschäftsordnung der Bundesregierung
GStA	Generalstaatsanwalt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
Hbg.	Hamburg, hamburgisch
HBKG	Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts (s. Literaturhinweise)
Hess.	Hessen, hessisch

Abkürzungsverzeichnis

HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HGB	Handelsgesetzbuch
hM.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
HWaG	hamburgisches Wassergesetz
HwO	Handwerksordnung
idF.	in der Fassung
idR.	in der Regel
ieS.	im engeren Sinne
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
insbes.	insbesondere
IP	Internet Protokoll
IPwskr	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe
iS.	im Sinne
iSd.	im Sinne des
iSe.	im Sinne eine(r, s)
iSv.	im Sinne von
IT	Informationstechnologie
iVm.	in Verbindung mit
iwS.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JP	Jarass/Pieroth (siehe Literaturhinweise)
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
kath.	katholisch
KatSG	Katastrophenschutzgesetz
KEF	Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten
KG	Kammergericht
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KritV	Kritische Vierteljahresschrift
krit.	kritisch
KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LBKG	Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetz
LfG.	Lieferung (bei Loseblattangaben)
LFGB	Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
LHG	Landeshochschulgesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	litera (Buchstabe)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LPassivRschG	Landespassivraucherschutzgesetz
Ls.	Leitsatz
LSA	Land Sachsen-Anhalt
LuftSiG	Luftsicherheitsgesetz
LV	Landesverfassung
LVerfGG	Landesverfassungsgerichtsgesetz
LVwG	Landesverwaltungsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

MADG	Gesetz über den militärischen Abschirmdienst
maW.	mit anderen Worten
MMR	Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung
mwN.	mit weiterem(n) Nachweis(en)
mwRsprN.	mit weiterem(n) Rechtsprechungsnachweis(en)
mWv.	mit Wirkung vom
MV	Mecklenburg-Vorpommern
Nachw.	Nachweis
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NDG	niedersächsisches Deichgesetz
Nds.	Niedersachsen, niedersächsisch
Neudr.	Neudruck
nF.	neue Fassung
NiSG	Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
NotZ(Brfg.)	Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Notarsachen
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungs-Report
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
oÄ.	oder Ähnliches, oder Ähnlichem
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
OdW	Ordnung der Wissenschaft
og.	oben genannt
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts
OwiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PAG	Polizeiaufgabengesetz
PatG	Patentgesetz
PartG	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
PolG	Polizeigesetz
POG RP	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz
PostG	Postgesetz
Prot.	Protokoll(e)
PStG	Personenstandsgesetz
PsychKG BW	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten Baden-Württemberg
RegE	Regierungsentwurf
RelKG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Reichsgericht für Zivilsachen
RL.	Richtlinie(n)
Rn.	Randnummer(n)
RP	Rheinland-Pfalz

Abkürzungsverzeichnis

Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
s.	siehe
S.	Satz, Seite
saarl.	Saarländisch
SächsBRKG	Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
SchulG	Schulgesetz
SG	Soldatengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB I-AT	Sozialgesetzbuch Erstes Buch – Allgemeiner Teil
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SH	Schleswig-Holstein
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung (heute JZ)
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des EuGH
SL	Saarland
SN	Sachsen
SOG SA	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt
sog.	sogenannt
SPolG	Saarländisches Polizeigesetz
Staat	Der Staat
StaatsR	Staatsrecht
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
StGHG	Staatsgerichtshofgesetz
StPO	Strafprozessordnung
str.	strittig
StrG	Straßengesetz
StrReinG	Straßenreinigungsgesetz
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StudZR	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft
StuW	Zeitschrift für Steuer und Wirtschaft
StV	Staatsvertrag, Strafverteidiger
Thür.	Thüringen
TKG	Telekommunikationsgesetz
tlw.	Teilweise
TPG	Transplantationsgesetz
TVG	Tarifvertragsgesetz
ua.	unter anderem
UIG	Umweltinformationsgesetz
UN	United Nations
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
UNTS	United Nations Treaty Series
Urt.	Urteil
USA	United States of America
usw.	und so weiter
v.	vom, von
va.	vor allem
VBIBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg
VereinsG	Vereinsgesetz
VerfG	Verfassungsgericht
VerfGG	Verfassungsgerichtsgesetz
VerfGH	Verfassungsgerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

VerfGHG	Verfassungsgerichtshofsgesetz
VersG	Versammlungsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
vH.	von Hundert
VN	Vereinte Nationen
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsroundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
wg.	Wegen
WHO	World Health Organization
WindSeeG	Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See
WissR	Wissenschaftsrecht
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
wN.	weitere Nachweise
WPflG	Wehrpflichtgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
zB.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZFdG	Gesetz über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter (Zollfahndungsdienstgesetz)
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZP	Zusatzprotokoll
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
zT.	zum Teil
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
zutr.	zutreffend
zzgl.	zuzüglich

Literaturhinweise

I. Lehrbücher und Grundrisse

- Frotscher, Werner/Pieroth, Bodo*, Verfassungsgeschichte, 20. Auflage 2022. Zitiert: *W. Frotscher/B. Pieroth*, Verfassungsgeschichte, Rn.
- Hufen, Friedhelm*, Staatsrecht II – Grundrechte, 10. Auflage 2023. Zitiert: *F. Hufen*, Staatsrecht II, § Rn.
- Ipsen, Jörn*, Staatsrecht II – Grundrechte, 24. Auflage 2021. Zitiert: *J. Ipsen*, Staatsrecht II, Rn.
- Ipsen, Knut*, Völkerrecht, 7. Auflage 2018. Zitiert: *Bearbeiter*, in: K. Ipsen, Völkerrecht, § Rn.
- Kingreen, Thorsten/Poscher, Ralf*, Grundrechte – Staatsrecht II, 39. Auflage 2023. Zitiert: *T. Kingreen/R. Poscher*, Grundrechte, § Rn.
- Maurer, Hartmut/Schwarz, Kyrrill-Alexander*, Staatsrecht I, Grundlagen, Verfassungsorgane, Staatsfunktionen, 7. Auflage 2023. Zitiert: *H. Maurer*, Staatsrecht I, § Rn.
- Manssen, Gerrit*, Staatsrecht II – Grundrechte, 19. Auflage 2022. Zitiert: *G. Manssen*, Staatsrecht II, § Rn.
- Michael, Lothar/Morlok, Martin*, Grundrechte, 8. Auflage 2023. Zitiert: *L. Michael/M. Morlok*, Grundrechte, § Rn.
- Mager, Ute*, Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht unter Berücksichtigung der europarechtlichen Bezüge, 9. Auflage 2021. Zitiert: *U. Mager*, Staatsrecht I, Rn.
- Zippelius, Reinhold*, Allgemeine Staatslehre, 17. Auflage 2017. Zitiert: *R. Zippelius*, Allgemeine Staatslehre, §, S.

II. Kommentare zum Grundgesetz

- Denninger, Erhardt/Hoffmann-Riehm, Wolfgang/Schneider, Hans-Peter/Stein, Ekkehart* (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativ-Kommentare), Loseblattausgabe 3. Auflage 2001. Zitiert: *Bearbeiter*, in: AK, Art. Rn.
- Brosius-Gersdorf, Frauke* (Hrsg.)/*Dreier, Horst* (Begr.), Grundgesetz, Band I, Art. 1–19, 4. Auflage 2023; Band 3, Art. 83–145, 3. Auflage 2018. Zitiert: *Bearbeiter*, in: Dreier, Art. Rn.
- Epping, Volker/Hillgruber, Christian*, Grundgesetz, Beck'scher Online-Kommentar. Zitiert: *Bearbeiter*, in: Epping/Hillgruber, Art. Rn.
- Friauf, Karl Heinrich/Höfling, Wolfram* (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblattausgabe, 2017. Zitiert: *Bearbeiter*, in: Friauf/Höfling, Art. Rn.
- Jarass, Hans Dieter/Pieroth, Bodo*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 17. Auflage 2022. Zitiert: *Bearbeiter*, in: JP, Art. Rn.
- Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian* (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblattausgabe, 214. Aktualisierung, Stand: Dezember 2021. Zitiert: *Bearbeiter*, in: BK, Art. Rn.
- Von Mangoldt, Hermann/Klein, Friedrich/Starck, Christian* (Hrsg.), Das Bonner Grundgesetz, 3 Bde., 7. Auflage 2018. Zitiert: *Bearbeiter*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Art. Rn.
- Maunz, Theodor/Dürig, Günter* (Begr.), Grundgesetz, Loseblattausgabe, Stand: 101. Lieferung Mai 2023. Zitiert: *Bearbeiter*, in: Dürig/Herzog/Scholz, Art. Rn.
- Von Münch, Ingo/Kunig, Philip* (Hrsg.), Grundgesetz Kommentar, 2 Bde, 7. Auflage 2021. Zitiert: *Bearbeiter*, in: von Münch/Kunig, Art. Rn.
- Sachs, Michael* (Hrsg.), Grundgesetz Kommentar, 9. Auflage 2021. Zitiert: *Bearbeiter*, in: Sachs, Art. Rn.
- Schmidt-Bleibtreu, Bruno/Klein, Franz/Bethge, Herbert*, Kommentar Bundesverfassungsgerichtsgesetz, 3. Bd., Stand: Januar 2022. Zitiert: *Bearbeiter*, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, BVerfGG, § Rn.

III. Fallbesprechungen, Repetitorien

- Bumke, Christian/Voßkuhle, Andreas*, Casebook Verfassungsrecht, 9. Auflage 2023.
- Degenhart, Christoph*, Klausurenkurs im Staatsrecht I, 6. Auflage 2022.

- Derselbe*, Klausurenkurs im Staatsrecht II, 9. Auflage 2021.
Grupp, Klaus/Stelkens, Ulrich, Saarheimer Fälle zum Staatsrecht, <http://www.saarheim.de/klausur.htm#Grundrechte>.
Hebeler, Timo/Spitzlei, Thomas, 60 Probleme aus dem Staats- und Verwaltungsrecht, 4. Auflage 2018.
Heinemann, Hans M./Kirchhof, Gregor/Waldhoff, Christian, Verfassungsrecht und Verfassungsprozessrecht, 3. Auflage 2022.
Heintzen, Markus/Krieger, Heike, Hauptstadtfälle, <https://www.jura.fu-berlin.de/studium/lehrplan/projekte/hauptstadtfaelle/faelle/grundrechte/index.html>.
Höfing, Wolfram, Fälle zu den Grundrechten, 3. Auflage 2021.
Schmidt, Thorsten Ingo, Staatsrecht (PdW), 5. Auflage 2019.
Schwerdtfeger, Gunther (Begr.)/Schwerdtfeger, Angela, Öffentliches Recht in der Fallbearbeitung, 15. Auflage 2018.
Volkmann, Uwe, Staatsrecht II – Grundrechte, 3. Auflage 2020.

IV. Handbücher und Lexika

- Görres-Gesellschaft (Hrsg.)*, Staatslexikon: Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, 7 Bde., 8. Auflage 2017–2021.
Heun, Werner/Honecker, Martin/Morlok, Martin/Wieland, Joachim (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Neuausgabe 2006.
Isensee, Josef/Kirchhof Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Bd. I, 2003; Bd. II, 2004; Bd. III, 2005; Bd. IV, 2006; Bd. V, 2007; Bd. VI, 2008; Bd. VII, 2009; Bd. VIII, 2010; Bd. IX, 2011; Bd. X, 2012; Bd. XI, 2013; Bd. XII, 2014.
Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und in Europa, Bd. I, 2004; Bd. II, 2006; Bd. III, 2009; Bd. IV, 2011; Bd. V, 2013; Bd. VI 1, 2010; Bd. VI 2, 2009; Bd. VII 1, 2014; Bd. VII 2, 2007; Bd. VIII, 2017; Bd IX, 2016; Bd. X, 2018.

V. Europäischer Grundrechtsschutz

- Ehlers, Dirk (Hrsg.)*, Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 5. Auflage 2023. Zitiert: *Bearbeiter*, in: D. Ehlers, Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, § Rn.
Grabenwarter, Christoph, Europäische Menschenrechtskonvention, 7. Auflage 2021.
Meyer, Jürgen/Hölscheidt, Sven (Hrsg.), Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 5. Auflage 2019.
Peters, Anne/Altewicker, Tilmann, Europäische Menschenrechtskonvention mit rechtvergleichenden Bezügen zum deutschen Grundgesetz, 2. Auflage 2019.
Streinz, Rudolf, Europarecht, 12. Auflage 2023. Zitiert: *R. Streinz*, Europarecht, Rn.

Einführung

1. Die fundamentale Bedeutung der Grundrechte für Rechtsstaat und Demokratie

Grundrechte sind das Herzstück des Rechtsstaats und von fundamentaler Bedeutung für freiheitliche Demokratien. Grundrechtsverbürgungen sind demgemäß Charakteristikum und wesentlicher Bestandteil der geschriebenen Verfassungen, die in der Verfassungstradition der westlichen Welt stehen. Sie haben ihre ideengeschichtlichen Wurzeln in der Aufklärung und im rationalistischen Naturrecht.¹

Es lassen sich drei grundlegende Arten von Rechtsbeziehungen im Staat unterscheiden²:

- die Rechtsbeziehungen zwischen den Privatpersonen, die einander prinzipiell gleichberechtigt gegenüberstehen;
- die Rechtsbeziehungen zwischen den Privatpersonen und der organisierten Staatlichkeit sowie
- die Rechtsbeziehungen innerhalb der organisierten Staatlichkeit.

Die **Grundrechte** bilden als **subjektive Rechte der Menschen** und Bürger das Fundament für die Rechtsbeziehungen zur organisierten Staatlichkeit. Diese fundamentale Bedeutung findet im Verfassungstext des Grundgesetzes ihren Ausdruck in **Art. 1 Abs. 3 GG**, wonach alle staatliche Gewalt – Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung – unmittelbar an die Grundrechte gebunden ist. Dies bildet auch den Hintergrund für das viel zitierte Diktum, Verwaltungsrecht sei konkretisiertes Verfassungsrecht.³ Unter Berufung auf Grundrechte können Privatpersonen zudem alle sie belastenden Akte hoheitlicher Gewalt einer gerichtlichen Überprüfung zuführen und ggf. abwehren. Dies garantiert ausdrücklich **Art. 19 Abs. 4 GG**.

Daneben können die Grundrechte aber auch in den Rechtsbeziehungen der Privatpersonen untereinander Wirkung entfalten. Zwar sind Privatpersonen prinzipiell Grundrechtsberechtigte, nicht aber Grundrechtsverpflichtete. Es gehört jedoch zu den wesentlichen Aufgaben des Staates, die Freiheitssphären der Privatpersonen voneinander abzugrenzen und einander zuzuordnen. Diese Aufgabe kommt in erster Linie dem Gesetzgeber zu, der dabei die Grundrechte aller Betroffenen beachten muss. Kommt es auf der Grundlage von zwingenden Gesetzen, welche die Rechtssphären von Privaten untereinander abgrenzen, zum Streit zwischen Privaten, so haben die Gerichte bei der Anwendung und Auslegung dieser Gesetze die Grundrechte zu beachten. Dies folgt aus der Bindung des Gesetzgebers wie der Rechtsprechung an die Grundrechte.⁴ Auf diese Weise können Grundrechte **mittelbar Wirkung in Privatrechtsbeziehungen** entfalten. Es wird, zum Teil mit kritischem Unterton, von der Konstitutionalisierung der Zivilrechtsordnung gesprochen.⁵

Allein in Bezug auf die Rechtsbeziehungen innerhalb der organisierten Staatlichkeit haben die Grundrechte keine Anwendung. Hier ist der genuine Raum des Staatsorganisationsrechts.

1 S. dazu U. Mager, Staatsrecht I, Rn. 20 ff. mwN.

2 S. dazu U. Mager, Staatsrecht I, Rn. 5 mwN.

3 Fritz Werner (3. Präsident des BVerwG 1958–1969), Verwaltungsrecht als konkretisiertes Verfassungsrecht, DVBl. 1959, 527–533.

4 S. dazu noch unten Rn. 107 ff.

5 G. Hager, Von der Konstitutionalisierung des Zivilrechts zur Zivilisierung der Konstitutionalisierung, JuS 2006, 769–775.